

Stellungnahme

Eingebracht von: Mag. Dietrich, Bettina

Eingebracht am: 23.05.2019

ehr geehrte Damen und Herren,

dieses Gesetz schränkt die Meinungsfreiheit in hohem Maße ein und bedeutet meines Erachtens mehr Schaden als Nutzen für die Demokratie. Das Gesetz soll den respektvollen Umgang der Poster in Online-Foren miteinander fördern, wobei völlig außer Acht gelassen wird, dass der Großteils der Hasspostings, etwa 90%, ohnehin unter Klarnamen verfasst werden. In den erläuternden Bemerkungen zum Gesetzesentwurf wird davon gesprochen, es müssten in der digitalen Welt die gleichen Prinzipien wie in der realen Welt gelten. Wie ist das damit vereinbar, dass keine allgemeine Ausweispflicht für österreichische Staatsangehörige gilt? In der digitalen Welt müssen dieselben Gesetze und Regeln gelten, eine vorbeugende Ausweispflicht widerspricht diesem Prinzip und bedeutet für mich einen Schritt in Richtung Zensur. Zudem ist es für mich als Nichtjuristin fraglich, wie dies europarechtlich haltbar und international durchführbar sein soll, denn diese Ausweispflicht in der digitalen Welt ist ja in dieser Form, wenn überhaupt, nur für österreichische Bürgerinnen und Bürger durchsetzbar. Denn Dienstanbieter müssen sich im Netz nur an die rechtlichen Bestimmungen ihres Herkunftslandes halten.

Der Gesetzesentwurf greift meines Erachtens übermäßig in das Grundrecht der Meinungsfreiheit ein und verstößt gegen den Gleichheitssatz.

Hochachtungsvoll,
Mag. Bettina Dietrich